



Forderungen der Luxemburger Stop CETA & TTIP Plattform im Rahmen der Nationalwahlen

Der Widerstand gegen TTIP, CETA & CO geht weiter – Das Engagement für einen gerechten, sozialen, ökologischen und demokratischen Welthandel steht im Fokus

Immer mehr Menschen setzen sich weltweit gegen die heutige Form der Freihandelsabkommen und für eine Neuorientierung des Welthandels ein und fordern, dass sich etwas bewegt. Auch mehrern sich international Bewegungen, die sich für eine Neuorganisation des Welthandels gemäß gerechten, sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien einsetzen. Eines dieser Bündnisse ist das "Netzwerk Gerechter Welthandel", ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Sozialen-, Dritte-Welt und Umweltbewegungen. Dieses Bündnis entspricht sowohl von der Zusammensetzung, als auch von der Orientierung her, in weiten Punkten der Luxemburger Stop CETA & TTIP-Plattform. Deshalb inspiriert sich die Luxemburger Plattform - nach Rücksprache mit dem deutschen Bündnis - an deren Stellungnahmen und übernimmt auch einige Textpassagen oder Texte aus deren Mitteilungen. Ganze Textpassagen werden natürlich - auch in folgender Stellungnahme - entsprechend gekennzeichnet, einzelne Textpassagen werden zur Verbesserung der Leserlichkeit nicht spezifisch hervorgehoben.

Der Widerstand gegen TTIP, CETA & CO geht weiter **- Das Engagement für einen gerechten, sozialen, ökologischen und demokratischen Welthandel steht im Fokus**

Europa- und weltweit hat sich in den vergangenen Jahren eine breite Bewegung gegen die neoliberale Handelspolitik entwickelt. **Millionen Menschen haben mit ihrer Unterschrift gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA protestiert, Hunderttausende haben sich europaweit an den**

Demonstrationen gegen TTIP und CETA beteiligt. Über 4.000 Menschen gingen 2016 auch in Luxemburg auf die Straße, bei einer der größten Protestveranstaltungen der vergangenen Jahre.

Jene Bewegungen finden breite Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung.

Mit diesem Protest machen Millionen Menschen und hunderte Organisationen deutlich, dass Handelsabkommen nicht mehr unter Ausschluss der Bürgerinnen und Bürger verhandelt werden dürfen und Demokratie nicht zur Disposition der Handelspolitik steht. Eine Globalisierung, die internationalen Konzernen unter anderem durch eine Investitionsschutz-Sondergerichtsbarkeit immer mehr Rechte gibt, wird ebenso wenig akzeptiert, wie das Infragestellen sozialer und ökologischer Standards als vermeintliche Hemmnisse für den Handel.

Auch wenn TTIP nunmehr einstweilen in dieser Form gestoppt ist, scheint es als ob hinter verschlossenen Türen in verschiedenen Bereichen (z.B. der Landwirtschaft) weiterverhandelt wird, was aufgrund fehlender Transparenz zusätzliche besondere Gefahren beinhaltet. Die Verhandlungen für TTIP als solches können demnach jederzeit wieder aufgenommen werden. Es gilt deshalb, wachsam zu sein und sich weiterhin zu engagieren!

20 weitere Handelsabkommen stehen derzeit zur Diskussion

In den nächsten Jahren sollen durch die EU sage und schreibe mehr als 20 Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verhandelt beziehungsweise beschlossen werden. Japan, Singapur, Merkosur, u.a.m. Diese:

- stehen für eine Infragestellung demokratischer, sozialer und ökologischer Standards;
- gestehen Investoren / multinationalen Firmen übermäßige Rechte gegenüber der Allgemeinheit zu;
- beinhalten nach wie vor die höchst umstrittenen privaten Schiedsgerichte.

Insofern sind sie ebenso zu verwerfen, wie CETA und TTIP, sie stehen für eine veraltete Handelspolitik.

Auch die Gefahren des geplanten Dienstleistungsabkommens TiSA werden immer offensichtlicher und das Abkommen wird zunehmend in Frage gestellt.

Handelspolitik fundamental reformieren: Bestehende Freihandelsabkommen überarbeiten - Neue Freihandelsabkommen grundsätzlich neu orientieren!

Die EU-Kommission setzt auf eine Ausweitung der bisherigen Handelspolitik und nutzt die derzeitige Politik der Trump-Administration als zusätzliche Begründung für ihre Vorgehensweise.

Die Luxemburger Stop CETA & TTIP Plattform hält jedoch die Debatte „Freihandel“ oder „Protektionismus“ für nicht mehr zeitgemäß, überhohlt und eingeschränkt .

„Was wir brauchen, ist nicht mehr von der alten Handelspolitik, sondern eine neue Handelspolitik, die soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung setzt. Die bisherigen

Handelsabkommen gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des „Freihandels“ wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerechte für Investoren und die regulatorische Kooperation gefährden demokratische Handlungsfreiheiten. Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen, Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote werden unter Druck gesetzt. Die bisherige Handelspolitik zieht die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärkt transnationale Konzerne und schwächt kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. Sie setzt die Länder des Globalen Südens unter Druck, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen. Neoliberale Globalisierungspolitik hat in der Vergangenheit zu wachsender Ungleichheit geführt. Sie ist das Gift und nicht die Medizin.“ (Netzwerk Gerechter Welthandel).

Die Forderungen der Luxemburger Stopp CETA & TTIP-Plattform

- **Das Luxemburger Parlament darf CETA nicht zustimmen. Wir erwarten klare Aussagen aller Parteien im Vorfeld der Wahlen und wie ihr Abstimmungsverhalten sein wird!**

Die wenigen kosmetischen Veränderungen, die am CETA-Abkommen durchgeführt wurden, machen aus einem neoliberalen Freihandelsprojekt noch kein Zukunftsprojekt des gerechten Handels.

CETA enthält weiterhin eine Paralleljustiz für internationale Konzerne, Verfahren zur Angleichung von Standards im Interesse des Handels übermächtiger Akteure und eine umfassende Dienstleistungsliberalisierung und das insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der Kultur.

CETA hat zwar die Hürde des Europaparlaments geschafft, braucht aber nun die Ratifizierung in allen EU-Mitgliedstaaten. Luxemburg ist eines der europäischen Länder, das bis dato CETA noch NICHT in der Abgeordnetenkammer ratifiziert hat!

Vor allem dem nicht hinnehmbaren Investorenschutz - der spezifisch in der Abgeordnetenkammer zum Votum steht - darf die nächste Regierung bzw. das Parlament nicht zustimmen. Denn es:

- beinhaltet Sonderklagerechte für multinationale Konzerne, die aber keinem Bürger, keiner Verbraucherorganisation o.ä. zugestanden wird;
- räumt ausländischen Firmen weitaus mehr Rechte ein als nationalen;
- beinhaltet nach wie vor die privaten Schiedsgerichte: wir brauchen keine Paralleljustiz, besonders keine, die die bestehende, gut funktionierende, nationale Rechtsordnung entmündigt;
- höhlt die Rechte der einzelnen Länder aus ihre Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards im notwendigen Ausmaß selbst zu bestimmen. Multinationale Firmen können „verlorene erwartete Gewinne“ aufgrund derartigen Bestimmungen einklagen, was ein direkter Eingriff in die Rechtstaatlichkeit und die Souveränität der Länder bedeutet;
- untergräbt entsprechend die in Jahrzehnten aufgebaute Rechts- und demokratische Prinzipien.
- u.a.m.

Welthandel und Freihandelsabkommen neu gestalten

Die Luxemburger Plattform, ebenso wie das deutsche „Netzwerk Gerechter Welthandel“, verstehen sich als Teil einer internationalen Bewegung, setzen sich gegen neoliberale Handelsabkommen ein, die vor allem mächtigen, wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben.

„Wir treten gemeinsam ein für eine solidarische Welt, in der die Vielfalt eine Stärke ist. Wir wenden uns deshalb gegen jede Form von Rassismus, Rechtspopulismus und nationalen Ressentiments. Das Netzwerk versteht sich als ein Ort, an dem darüber diskutiert wird, wie ein gerechter Welthandel erreicht werden kann.

Wir treten für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern, sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken, sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.

Dies gilt sowohl für Abkommen zwischen einzelnen Industriestaaten als auch für Abkommen der EU mit Ländern des Globalen Südens, wie zum Beispiel die „Ökonomischen Partnerschaftsabkommen“ mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (EPAs), die eine erfolgreiche und solidarische Entwicklungszusammenarbeit zu untergraben drohen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnisse zu betrachten;
- nachhaltig regionale Landwirtschaft, sowie artgerechte und umweltschonende Tierhaltung und insbesondere die Biolandwirtschaft, voranbringen, statt Gentechnik und Landwirtschaft, welche von Großkonzernen dominiert wird, zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarktakteuren begrenzen und ihnen keine Sonderklagerechte einräumen;
- global ausgerichtet sind, statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen;
- transparent und offen verhandelt werden, statt geheim und in Hinterzimmern;
- Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen, statt immer mehr Ausbeutung zu ermöglichen;
- internationale Solidarität und Kooperation fördern, statt immer mehr Wettbewerbsdruck zu erzeugen;

- eine Regulierung des Finanzsektors und den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte ermöglichen, statt noch mehr Deregulierung zu fördern;
- Parlamente und Zivilgesellschaft ab Vorbereitung neuer Abkommen einbeziehen;
- gegenseitige Verpflichtungen gegen den Klimawandel eingehen und prüfbare Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen festlegen.

Dabei engagieren wir uns für eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik mit den Entwicklungsländern, die u.a. folgenden Prinzipien Rechnung trägt: Achtung der Politikkohärenz; Begünstigung der Schaffung von Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen in Landwirtschaft und Industrie; Regulierung der Agrarmärkte in den Entwicklungsländern zum Schutz der Kleinproduzenten; erneute Einfuhr des Prinzips der Nicht-Reziprozität; Stop von Exporten von Lebensmitteln und Agrargütern zu Preisen unter den Produktionskosten... Entsprechend darf keine Ratifizierung der mit afrikanischen Ländern abgeschlossenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) erfolgen.

Handels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert sind keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen. **Unser Ziel ist eine echte Partnerschaft zwischen den Staaten des Globalen Nordens und den Staaten des Globalen Südens, sowie der Einsatz für eine sozial-ökologische Gestaltung der Wirtschaft, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen.**

Deswegen erwartet die Luxemburger Plattform von den politischen Parteien sowie von der kommenden Regierung:

- ein klares Bekenntnis zu einer neuen Form des gerechten Welthandels gemäß sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien;
- ein Engagement auf EU-Ebene für eine Reform bestehender Freihandelsabkommen in dem genannten Sinne;
- keine Zustimmung für neue Freihandelsabkommen – auch die zur Diskussion stehenden – ohne fundamentale Neuorientierung im genannten Sinne.

Die Luxemburger Stop CETA & TTIP Plattform, wird den politischen Parteien ihre Anregungen und Forderungen zustellen und eine konkrete Stellungnahme zu diesen Forderungen nachfragen! Die Antworten der politischen Parteien werden im Vorfeld der Wahlen veröffentlicht.

ALEBA - ASTM / Cercle de coopération des ONG de développement - Bio-Lëtzebuerg - Caritas - CGFP - Fairtrade - FGFC - FNC / Landesverband – Greenpeace - Landjugend a Jongbaueren – LCGB - Mouvement Ecologique - natur & emwelt – OGBL - Stop TAFTA – Syprolux – ULC - Union Syndicale Fédérale